



über die 1. Sitzung
des Schul- und Sportausschusses
am Mittwoch, dem 20. März 2002
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 16:40 Uhr
Ende: 19:50 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Frau Bartosch
Frau Dyduch
Frau Filthaut
Herr Henning
Herr Lipinski
Herr Rickwärtz-Naujokat

Ratsmitglieder CDU

Herr Hasler
Frau Jacobsmeier
Herr Klein
Herr Plümpe
Herr Weigel

Ratsmitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Brinkmann

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen SPD

Herr Ambrosch
Frau Andernacht
Herr Bartosch
Frau Ruf
Herr Schulze-Braucks
Herr Voß

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen CDU

Frau Borowiak
Herr Brettschneider
Herr Kissing

Sachk. Bürger/Bürgerinnen Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Goehrke

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen FDP

Herr Bremmer

Beratendes Mitglied BG
Herr Menne

Beratende Mitglieder
Herr May

Sachverständige
Herr Forthaus
Herr Töpfer

Verwaltung
Frau Böckmann
Herr Flaskamp
Frau Meißner

entschuldigt fehlten
Herr Böcker
Frau Bungter-Striepens
Herr Hoffmann
Herr Kohl
Frau Oxe
Frau Slomiany

Herr **Lipinski** eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder, die zahlreichen Besucher, die Vertreter der Presse, Herrn Soth und Herrn Doro von der GSW sowie den Schulamtsdirektor Forthaus.

Anträge zur Änderung der Tagesordnung wurden nicht gestellt.

Herr **Kissing** schlug vor TOP 6 und 10 zusammen zu beraten. Widerspruch ergab sich nicht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Vorstellung des Bäderkonzeptes	
2.	Festlegung der Zügigkeit der Städt. Realschule	53/2002
3.	Statistik über die Klassenbildung des Schuljahres 2001/02	14/2002
4.	Anmeldungen zu den Grundschulen im Schuljahr 2002/03	50/2002
5.	Anmeldungen zu den weiterführenden Schulen im Schuljahr 2002/03	57/2002
6.	Betreuungsangebote für Schulkinder in den Ferienzeiten	56/2002
7.	Schule für Erziehungshilfe in der Sekundarstufe 1 hier: Sachstandsbericht der Verwaltung	
8.	Organisation des Mittagessens in den Gesamtschulen hier: Antrag der SPD-Fraktion	
9.	Runder Tisch gegen Jugendarbeitslosigkeit hier: Antrag der CDU-Fraktion	
10.	Vereinbarkeit von Familie und Beruf - Betreuung von Kindern und Jugendlichen hier: Antrag der CDU-Fraktion	
11.	Konsequenzen der PISA-Studie für die Stadt Kamen hier: Antrag der FDP-Fraktion	
12.	Schiedsrichterhäuschen auf dem Sportplatz im Hemsack hier: Antrag der CDU-Fraktion	
13.	Sportlerehrung 2002 hier: Bericht des Sportverbandes Kamen e.V.	
14.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2.	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Vorstellung des Bäderkonzeptes

Herr **Soth** erläuterte anhand von Folien ausführlich die Grundsätze und Ergebnisse des Bäderkonzeptes. Er hob hervor, dass nach dem Gutachten aufgrund der schulischen Nutzungen und der Vereinsnutzung alle vorhandenen Wasserflächen erforderlich und daher zu erhalten sind. Damit seien auch die Unterhaltungsmaßnahmen notwendig, da es sich um Maßnahmen zur Substanzerhaltung handele. Der Gutachter halte es jedoch für vertretbar, aufgrund der Besucherstatistik des Hallenbades Methler, dort auf die Öffentlichkeit zu verzichten. Die Sauna sei erhaltenswert, wie auch einige bestehende Angebote (z. B. Frauenschwimmen). Diese Angebote könnten eventuell in Zusammenarbeit mit den Vereinen ihren Platz behalten. Er schloss mit der positiven Bilanz, dass keine Schließungen für erforderlich gehalten werden.

Sowohl Frau **Dyduch** als auch Herr **Kissing** wiesen darauf hin, dass die finanziellen Aspekte des Bäderkonzeptes in der kommenden Ratssitzung zu beraten seien. Es sei positiv zu bewerten, dass für die Schulen und Vereine keine Veränderungen eintreten.

Zu TOP 2.

53/2002

Festlegung der Zügigkeit der Städt. Realschule

Herr **Lipinski** teilte mit, dass zu TOP 2 und 6 ein Sachantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vorliege und schlug vor diesen zusammen mit der Beschlussvorlage zu beraten. Widerspruch ergab sich nicht.

Herr **Flaskamp** führte aus, dass im letzten Jahr an der Realschule 4 Eingangsklassen gebildet wurden. Auch die diesjährigen Anmeldezahlen zeigten, dass die Bildung einer 4. Eingangsklasse erforderlich sei. Er sei davon ausgegangen, dass diese Entscheidung unproblematisch durch die Verwaltung geregelt werden könne. Die Bezirksregierung Arnsberg verlange jedoch einen Ratsbeschluss. Die Verwaltung hätte es vorgezogen, den Beschluss über die Festlegung der Zügigkeit erst im nächsten Jahr zu erwirken. Im nächsten Jahr sinke die Schülerzahl deutlich, so dass insgesamt 5 Züge wegfallen. In der Vorlage habe die Verwaltung die Übergangsquote auf die tatsächlich erreichte Höhe von 20 % korrigiert. Danach sei in den kommenden Jahren nicht zu erwarten, dass eine 4-Zügigkeit erreicht wird. Er erklärte außerdem, es liege eine Zusage der Bezirksregierung vor, dass der Beschluss korrigierbar sei, wenn die Anmeldezahlen deutlich von der Prognose abweichen.

In diesem Jahr, so Herr Flaskamp weiter, habe die Gesamtschule rund 40 Kinder abgewiesen. Es sei seiner Ansicht nach auch einer Realschule zuzumuten, Schüler, die eine Hauptschulempfehlung haben, abzuweisen. Es sei auch nicht realistisch anzunehmen, dass jederzeit jedem Schulwunsch entsprochen werden könne. Ein Schulträger müsse im Übrigen die Belange aller Schulformen beachten. Im kommenden Jahr gingen die Schülerzahlen um rd. 150 Kinder zurück, so dass insgesamt 5 Züge wegfielen.

Zum Sachantrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN führte Herr **Flaskamp** aus, dass die Zügigkeit des Gymnasiums bereits festgelegt sei, über die Festlegung der Zügigkeit der Realschule in der kommenden Ratssitzung entschieden werde und die Zügigkeit der Gesamtschule im Einvernehmen mit den Schulleitern der Gesamtschulen im kommenden Jahr festgelegt werden solle. Die Zahl der Auspendler könne ein Schulträger nicht beeinflussen.

Die SPD-Fraktion, so Frau **Dyduch**, werde dem Beschlussvorschlag der Verwaltung folgen. In diesem Jahr sei der Jahrgang sehr stark. Sollte sich herausstellen, dass die Anmeldungen in den kommenden Jahren die Bildung von 4 Eingangsklassen erforderlich machen, so werde entsprechend flexibel reagiert.

Der Beschlussvorschlag, so Herr **Weigel**, korrespondiere nicht mit den tatsächlichen Zahlen. Außerdem liege der landesweite Durchschnitt der Übergänger zu Realschulen bei 29,5 % und seiner Ansicht nach trete immer wieder der Sonderfall 4-Zügigkeit auf.

Herr **Flaskamp** erwiderte, dass er bereits darauf hingewiesen habe, dass die Prognose unter den tatsächlichen Übergängern lag und dass die Quote in der Beschlussvorlage korrigiert worden sei. Der landesweite Durchschnitt könne nicht zu Grunde gelegt werden, da die Quoten regional sehr unterschiedlich sind. Dieses sei abhängig von dem Schulangebot eines Schulträgers. In Gebieten, in denen z. B. keine Gesamtschule angeboten werde, seien die Quoten zu den Realschulen besonders hoch. In Kamen würden jedoch alle 4 Schulformen angeboten. In diesem Jahr seien 19 Eingangsklassen an den weiterführenden Schulen zu bilden. Im nächsten Jahr fielen 5 Züge weg. Würde die Realschule auf 4 Züge festgelegt, so würden den anderen Schulformen diese Schüler fehlen.

Herr **Goehrke** bedauerte, dass die Diskussion ausschließlich aus dem Blickwinkel einer Schulform geführt wird. Bei einer 4-zügigen Realschule würden den anderen Schulen die verbleibenden Züge nicht ausreichen. Hinzu käme die Unabwägbarkeit der Zahl der Auspendler, wie die außergewöhnlich hohe Zahl der Pendler zu auswärtigen Gymnasien zeige. Keiner könne dieses bei der Aufstellung eines Schulentwicklungsplanes voraussehen. Er halte die Beschlussvorlage für ausgereift.

Landesweit, so Herr **Kissing**, steige der Trend zur Realschule und er fragte, warum von einer Prognose von 20 % und nicht von z. B. 21,5 % ausgegangen worden sei. Die Realschule Kamen sei erst seit einigen Monaten aktiv und ihre Bekanntheit steige. Die Schule habe ein Recht auf Planbarkeit, auch in Bezug auf den Lehrerbedarf und die innere Organisation. Im Übrigen biete der Standort der Realschule für die Gesamtschule die Chance, dass die Schüler der Realschule, bei einer guten Kooperation beider Schulen, in die Sekundarstufe II der Gesamtschule wechseln und so die Sekundarstufe II stärken könnten.

Frau **Dyduch** entgegnete, dass nicht die Zahl der Klassen sondern die Schülerzahl für die Zuweisung von Lehrerstellen maßgebend ist. Wünschenswert sei eine Planungssicherheit für alle Schulformen. Zahlenspiele seien nicht hilfreich.

Herr **Flaskamp** wies nochmals darauf hin, dass ein Schulträger die Belange aller Schulen zu beachten habe. Bei der Prognose sei die tatsächliche Quote zu Grunde gelegt worden. Auch einer Realschule sei es zuzumuten 3 oder 4 Schüler mit einer Hauptschulempfehlung abzu-

weisen, wie bei der Gesamtschule geschehen. Die Verwaltung gehe von einer 3-Zügigkeit der Realschule aus. Wenn die künftigen Anmeldezahlen ausbrechen, könne immer noch entsprechend reagiert werden.

Die Aussage, so Herr **Goehrke**, das der landesweite Durchschnitt zu Realschulen bei 29 % liege, stimme nicht. Im Internet sei eine Quote von 24 % für die Realschule und für die Hauptschule von über 20 % als Landesdurchschnitt angegeben. Der statistische Mittelwert eines Landes könne nicht für eine regionale Prognose verwertet werden. Er halte die Statistik der Stadt für realistisch. Im Übrigen sei ein Wechsel aus der Realschule in die gymnasiale Oberstufe der Gesamtschule für die Realschüler nicht leicht.

Nach einer weiteren kurzen Diskussion wies Herr **Lipinski** darauf hin, dass ein Sachantrag der Bündnis 90/DIE GRÜNEN vorliege. Einvernehmlich wurde über diesen Sachantrag nicht abgestimmt, da der Antrag nicht konkret genug gefasst war.

Beschlussempfehlung:

Gem. § 8 Abs. 4 Schulverwaltungsgesetz (SchVG) vom 18.01.1985 (GV NW S. 155/447) zuletzt geändert durch Gesetz vom 09.05.2000 (SGV. NRW. 223) wird die Zügigkeit des 5. Jahrganges der Städt. Realschule für das Schuljahr 2002/03 auf 4 Züge und ab dem Schuljahr 2003/04 auf 3 Züge festgelegt.

Abstimmungsergebnis: bei 9 Gegenstimmen mit Mehrheit angenommen

Die Sitzung wurde für 10 Minuten bis 18.30 Uhr unterbrochen.

Zu TOP 3.

14/2002

Statistik über die Klassenbildung des Schuljahres 2001/02

Die Mitteilungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 4.

50/2002

Anmeldungen zu den Grundschulen im Schuljahr 2002/03

Es sei auffällig, so Herr **Weigel**, dass bei der Diesterwegschule und der Friedrich-Ebert-Schule verglichen mit dem Vorjahr ein gegenläufiger Trend zu verzeichnen sei. Er fragte nach den Gründen.

Herr **Flaskamp** gab an, dass sich in diesem Jahr die Zahl der Erstklässler in den Schulbezirken verschiebe.

Herr **Brettschneider** fragte nach, ob das Instrument der Überschneidungsgebiete ausreichend berücksichtigt wurde.

Die Verwaltung bestätigte dieses.

Die vorgelegten Zahlen für die Josefschule, so Herr **Hasler**, seien den Presseberichten zur Folge nicht mehr aktuell. Seinen Informationen nach habe die Josefschule einen Antrag gestellt eine 2. Eingangsklasse bilden zu können, mit der Bitte, dieses Schreiben an die Fraktionen weiterzu-

leiten. Seine Fraktion habe dieses Schreiben nicht erhalten.

Herr **Flaskamp** erwiderte, dass es sich hier höchstwahrscheinlich um ein Versehen handele. Im Übrigen lägen der Verwaltung keine aktuelleren Zahlen vor. Nach den vorliegenden Unterlagen sollten 2 Kinder noch getauft werden, bisher sei dieses noch nicht nachgewiesen. Da ein eindeutiger Ratsbeschluss vorliege, könne eine 2. Eingangsklasse erst gebildet werden, wenn 32 katholische Kinder an der Josefschule angemeldet sind.

Herr **Hasler** führte aus, dass durch den Umzug der Josefschule die Begründung für die Festlegung der Zügigkeit der Josefschule nicht mehr stichhaltig sei. Es würden 2 Klassen die Schule verlassen, so dass Schulraum für die Bildung von 2 Eingangsklassen vorhanden sei. Auch die Lehrerversorgung sei gesichert.

Herr **Flaskamp** entgegnete, dass nur eine Mitteilungsvorlage zur Debatte stehe. Wenn die CDU-Fraktion eine Zügigkeitsdebatte führen wolle, so hätte sie einen entsprechenden Antrag stellen müssen. Es liege ein eindeutiger Ratsbeschluss vor und seinerzeit sei die Garantie gegeben worden, dass jedes angemeldete katholische Kind an der Josefschule aufgenommen wird.

Herr **Rickwärtz-Naujokat** ergänzte, dass der Ratsbeschluss klar definiert sei und es nicht einzusehen sei, dass jährlich über die Aufnahme bei der Josefschule diskutiert werde. Er stellte die Frage, ob sich die Schülerzahlen entgegen der vorgelegten Statistik verändert hätten.

Herr **Forthaus** antwortete, dass er mit dem Schulleiter die Anmeldungen am 15.03.02 besprochen hätte. Es seien zurzeit 29 katholische Kinder angemeldet, 2 Kinder werden im April noch getauft und 2 Kinder wiederholen die 1. Klasse, so dass insgesamt 33 katholische Kinder für den 1. Jahrgang angemeldet seien. Damit könne eine 2. Klasse gebildet werden.

Zu TOP 5.

57/2002

Anmeldungen zu den weiterführenden Schulen im Schuljahr 2002/03

Nach kurzer Diskussion über die Auspendler aus Methler zu Gymnasien in Unna wurde die Verwaltung beauftragt, von der oberen Schulaufsicht (Bezirksregierung) eine Statistik über die Rückläufe anzufordern.

Herr Kissing verlies um 18.50 Uhr die Sitzung.

Zu TOP 6.

56/2002

Betreuungsangebote für Schulkinder in den Ferienzeiten

Es wurden die Tagesordnungspunkte 6 und 10 zusammen beraten.

Frau **Dyduch** führte aus, dass mit der Mitteilungsvorlage eine erste Analyse vorgelegt worden sei. Viele Fragen seien noch ungeklärt. Eine Entscheidung könne erst getroffen werden, wenn alle Fragen geklärt sind.

Herr **Hasler** schloss sich an und führte aus, dass sich beide Anträge ergänzten. Es handele sich zunächst nur um Prüfaufträge an die Verwaltung.

Auf die Frage von Herrn **Bremmer**, welcher Ausschuss entscheiden solle antwortete Herr **Hasler**, da die Prüfaufträge im Schul- und Sportausschuss andiskutiert worden seien, sollten sie auch dort entschieden werden. Die Sprachkurse für Migrantenkinder sollten mit einbezogen werden.

Den Sachstand über die Sprachkurse für Migrantenkinder, so Herr **Flaskamp**, hätte er unter Mitteilungen bekannt gegeben. Da die Frage jedoch hier gestellt worden sei, teilte er mit, dass die Verwaltung die Förderung von 3 Sprachgruppen beantragt, aber leider nur eine Zuwendung für eine Gruppe bewilligt bekommen hätte. Die Schulleitungen der Friedrich-Ebert-Schule, Glückaufschule und Diesterwegschule hätten in Zusammenarbeit mit den Kindergärten die Organisation der Sprachkurse übernommen. Es seien 2 Gruppen (Friedrich-Ebert-Schule und Diesterwegschule) gebildet worden.

Einstimmig wurde die Verwaltung beauftragt zu prüfen, inwieweit an Kämener Grundschulen und an der neuen Hauptschule vermehrt Betreuungsangebote – sofern der Bedarf erkennbar ist - eingerichtet werden können. Die Ergebnisse dieser Überprüfung sollen in einer der nächsten Sitzungen des Schul- und Sportausschusses vorgestellt werden.

Zu TOP 7.

Schule für Erziehungshilfe in der Sekundarstufe 1
hier: Sachstandsbericht der Verwaltung

Herr **Flaskamp** berichtete über den bisherigen Beratungsverlauf. Er teilte mit, dass der Kreis Unna die Errichtung einer Schule für Erziehungshilfe im Sekundarbereich I im organisatorischen Verbund mit der bestehenden Schule E für den Primarbereich vorbereite. Die Finanzierung erfolge über eine differenzierte Kreisumlage, analog der Finanzierung der Schule E im Primarbereich. Geplant sei ein Unterrichtsbeginn nach den Sommerferien.

Zu TOP 8.

Organisation des Mittagessens in den Gesamtschulen
hier: Antrag der SPD-Fraktion

Frau **Dyduch** begründete kurz den Antrag.

Herr **Flaskamp** führte aus, dass bereits Angebote eingegangen sind, da der Antrag zur Haushaltsdebatte gestellt worden sei und die Presse darüber berichtet habe. Der bestehende Vertrag verlängere sich jedoch automatisch um ein Schuljahr, wenn er nicht gekündigt wird. Daher müsse die Verwaltung heute einen entsprechenden Auftrag erhalten. Der bisherige Versorger erhalte selbstverständlich die Möglichkeit, seinerseits ein neues Angebot einzureichen.

Einstimmig wurde die Verwaltung beauftragt, den bestehenden Vertrag mit dem Bewirtschafter der Mensa zu kündigen und Angebote einzuholen.

Zu TOP 9.

Runder Tisch gegen Jugendarbeitslosigkeit
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Nach Mitteilung von Frau **Dyduch**, dass der Antrag bereits in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses abgelehnt wurde, erfolgte nach kurzer Diskussion die Abstimmung.

Mehrheitlich wurde abgelehnt, die Verwaltung zu beauftragen, die Gründung eines Runden Tisches gegen Jugendarbeitslosigkeit vorzubereiten.

Zu TOP 10.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf - Betreuung von Kindern und Jugendlichen
hier: Antrag der CDU-Fraktion

siehe TOP 6

Zu TOP 11.

Konsequenzen der PISA-Studie für die Stadt Kamen
hier: Antrag der FDP-Fraktion

Die Auswertung, so Herr **Flaskamp**, des Ministeriums liege noch nicht vor. Daher schlage er vor, das Thema heute nicht zu behandeln. Wenn sich herausstellen sollte, dass Belange des Schulträgers betroffen seien, würde das Thema erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

Herr **Bremmer** nahm den Vorschlag an.

Zu TOP 12.

Schiedsrichterhäuschen auf dem Sportplatz im Hemsack
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Herr **Hasler** führte aus, dass der Antrag im Zusammenhang mit der Haushaltsplanberatung gestellt und an den Schul- und Sportausschuss verwiesen worden sei. Das Schiedsrichterhäuschen sei in einem katastrophalen Zustand.

Herr **Flaskamp** erwiderte, dass dieses Schiedsrichterhäuschen 1983 dem KSC von der Firma Ikea geschenkt worden sei. Seinerzeit habe der Bauhof bei der Errichtung etwas geholfen. Nunmehr sei das Häuschen in einem so schlechten Zustand, dass es abgerissen und entsorgt werden müsse. Es könne nicht angehen, dass die Stadt die Entsorgung allein finanziere. Es werde nach einer Lösung gesucht.

Da die Verwaltung nach einer Lösung suche, so Herr **Hasler**, sei der Antrag erledigt.

Zu TOP 13.

Sportlerehrung 2002
hier: Bericht des Sportverbandes Kamen e.V.

Frau **Bartosch** berichtete als stellv. Sportverbandsvorsitzende kurz über die Sportlerehrung 2002. Mit 380 Besuchern sei die Kapazität des Bürgerhauses Methler leider erschöpft und für die Sportlerehrung 2003 würde

ein anderer Veranstaltungsort gesucht. Die Sportlerehrung 2003 fände am 8. März 2003 statt.

Zu TOP 14.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

14.1 Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

14.2 Anfragen

14.2.1 Herr **Klein** fragte an, wann die Mängel an der im letzten Jahr sanierten Laufbahn des Jahnstadions behoben würden.

Herr **Flaskamp** antwortete, dass ihm dieses nicht bekannt sein und sagte eine Prüfung zu.

Anmerkung: Die Sanierung ist für die Sommerferien geplant.

14.2.2 Die Hauptschule, so Herr **Rickwärtz-Naujokat**, beanspruche die Nutzung der Räume der Deutsch-Türkischen Begegnungsstätte und er fragte, ob Ausweichräume zur Verfügung stehen und ob mit dem Vorsitzenden bereits gesprochen wurde.

Herr **Flaskamp** antwortete, dass dieses Problem bekannt sei. Da eine Lösung noch nicht gefunden wurde, habe noch kein Gespräch mit dem Vorsitzenden stattgefunden.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

Anfragen ergaben sich keine.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

- entfällt -

gez. Lipinski
Vorsitzender

gez. Meißner
Schriftführerin